Zeitschrift: Curaviva: Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 79 (2008)

Heft: 10

Artikel: Menschen mit Behinderung : Neugestaltung des Finanzausgleichs

(NFA) sorgt für Diskussionen : floss grosszügig Geld vom Bund? :

Knausern nun die Kantone?

Autor: Wenger, Susanne / Hansen, Robert / Rohrer, Alfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-803689

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Menschen mit Behinderung: Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) sorgt für Diskussionen

Floss grosszügig Geld vom Bund? Knausern nun die Kantone?

Susanne Wenger, Robert Hansen

Manche Heime und Institutionen für Menschen mit Behinderung hätten es sich bei der IV gut gehen lassen, das werde nun mit der NFA korrigiert. So kontern Kantonsvertreter Klagen der Heime über Spardruck. Die Institutionsleiter Alfred Rohrer (Bern) und Peter Marty (Luzern) nehmen im Folgenden die Beitragspraxis von Bund und Kantonen unter die Lupe.

- Herr Rohrer, Herr Marty, sind Ihre *Institutionen luxuriös ausgestattet?* Alfred Rohrer: Nein. Ich leite das Schulungs- und Arbeitszentrum für Behinderte (SAZ) Burgdorf seit 20 Jahren. Unter dem Motto «SAZ 2000» habe ich schon früh alle Abteilungen überprüft. Wir gingen nicht von den Kosten aus, sondern analysierten uns inhaltlich. Der Prozess führte zu grundlegenden Konzeptänderungen.
- Und auch zu Einsparungen? Rohrer: Mir passt der Ausdruck «sparen» nicht. Er hat einen negativen Beigeschmack. Wir haben nicht nach Möglichkeiten der Ausgabensenkung gesucht, sondern uns gefragt: Was ist eigentlich der Bedarf? Wir kamen zum Schluss, dass unsere Bewohnerinnen und Bewohner überbetreut sind. Die Konzeptänderungen senkten die Kosten um 10 bis 15 Prozent. Es gab aber keinen Druck von aussen. Meine persönliche Einstellung ist: Jede Institution sollte sich eigeninitiativ den Spiegel vorhalten und ihren Beitrag leisten.

Peter Marty: Luxus gibt es auch in unserer Institution, dem Heilpädagogischen Zentrum (HPZ) Sunnebüel in Schüpfheim, nicht. Ich möchte auch denjenigen sehen, der das so zugeben würde. Aber wir müssen es genauer anschauen: Was bedeutet denn Luxus? Das HPZ ist nun im 33. Betriebsjahr. Allein unsere Gebäudeversicherungssumme beträgt 36 Millionen Franken. Um die Institution in Schuss zu halten, sind selbstverständlich Gelder geflossen. Es hat auch der eine oder andere Handwerker von einem Auftrag profitiert.

- Haben Sie denn im HPZ Sunnebüel auch Kosten gesenkt? Marty: Der Kanton Luzern hat drei Sparprogramme verordnet. Nochmals: Was heisst denn Luxus in der Behindertenarbeit? In der Präambel unserer Bundesverfassung steht, die Stärke des Volkes messe sich am Wohl der Schwachen.
- In einem viel beachteten Artikel des «Tages-Anzeigers» erhoben aber diesen Frühling Kantonsvertreter den Vorwurf, Heime und Institutionen hätten beim Bund über ihre Verhältnisse gelebt, das korrigiere man nun. Was antworten Sie Ihnen?

Marty: Man kann nicht alle Institutionen über einen Leisten schlagen. Im Hinblick auf die NFA erliess der Kanton Luzern das Gesetz über soziale Einrichtungen, ehemals HFG. In der Botschaft dazu war auch von ungezügeltem Wachstum die Rede. In der Tat

sind die kollektiven IV-Beiträge über die Teuerung hinaus gewachsen, aber das hatte seine Gründe. Es wurden in den letzten zwei, drei Jahrzehnten signifikant mehr und schwerer behinderte Menschen von Institutionen betreut. Sie traten aus den Sonderschulen aus, und ihre weitergehende, aufwendige Betreuung musste gesichert werden. Mehr als hundert erwachsene Personen mit einer geistigen Behinderung sind im Kanton Luzern in den letzten Jahren aus der psychiatrischen Klinik, also dem Gesundheitssystem, «entlassen» worden und in soziale Einrichtungen eingetreten, also ins Sozialsystem: eine erfreuliche Entwicklung mit finanziellen Umstrukturierungen als Begleiterscheinung.

Rohrer: Man muss schon sehen: Die 1960 eingeführte Invalidenversicherung blieb 40 Jahre lang in der Pionierphase stecken. Die Behinderteninstitutionen schossen wie Pilze aus dem Boden. Dort geschah viel Gutes, man baute mit gutem Willen vieles auf. Aber jede Institution formulierte ihre eigenen Standards und konnte sich gemäss ihren Vorstellungen entwikkeln. Es gab vom Bundesamt für Sozialversicherungen her keine Benchmark.

Marty: In der Innerschweiz kennen wir zum Teil eine Benchmark-Kultur.

Rohrer: Aber gesamtschweizerisch gibt es keine Basis. Jede Institution schaute irgendwie, zu ihrem Geld zu kommen. In einigen Kantonen war es so: Wer mit dem Geld vom BSV nicht auskam, schickte Ende Jahr dem Kanton die Rechnung. Der Kanton Bern hat das jedoch bereits vor einigen Jahren unterbunden. Das BSV hingegen liess eine «Laisser-faire»-Entwicklung zu. Erst als die IV ab dem Jahr 2000 Defizite schrieb, begannen Politiker zu reagieren. Im Rahmen der NFA-

Leistungen der Gesellschaft für Menschen mit Behinderung auch längerfristig zu sichern.

Marty: Ich würde den Begriff «Laisserfaire» nicht so stehen lassen. Zwar glaube ich auch, dass die IV als Organ, das so viel Geld ausschüttete, zu wenig Mittel hatte, um ein sauberes Controlling durchzuführen. Ich vermute, dass die Leute in Bern deswegen zum Teil

erwähnt. Gibt es denn bei Ihnen auch grosse Unterschiede?

Marty: Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit liessen wir – vier Institutionen aus den Kantonen Luzern und Zug – uns freiwillig vergleichen. Die Benchmark ergab, dass drei Institutionen ähnliche Kosten haben. Die vierte arbeitet im Tagesansatz um etwa einen Viertel günstiger. Wieso? In dieser Institution werden zum Beispiel kaum



«Was heisst denn Luxus in der Behindertenarbeit?» Peter Marty (links), Direktor des Heilpädagogischen Zentrums Sunnebüel in Schüpfheim, und Alfred Rohrer, Direktor des Schulungs- und Arbeitszentrums für Behinderte in Burgdorf, im Gespräch.

Umsetzung haben ein paar engagierte Institutionen im Kanton Bern ein in Zürich entwickeltes Benchmark-Modell übernommen und zwischen Berner und Zürcher Betrieben riesige Unterschiede festgestellt. Diese sind vielleicht zu erklären; wie weit sie zu rechtfertigen wären, bleibt offen.

■ Kosten gewisse Institutionen nicht deshalb mehr, weil sie eine schwierigere Klientel haben?

Rohrer: Es gibt natürlich Unterschiede in der Klientel, aber die Streuung ist zu gross. Die NFA wird uns das verstärkt ins Bewusstsein rufen, und das schadet nichts. Es geht darum, die benötigten selber frustriert waren. Doch ein Controlling hat es trotzdem gegeben. Bei uns übernahm das zum Teil der Kanton. Dieser schaute, wie viele IV-Gelder die Institutionen erhielten, verglich mit den Vorjahren und fragte bei grösseren Diskrepanzen nach. Wir waren eine Institution mit immerhin zwölf Millionen Franken Umsatz und uns hat man – notabene von der IV – gefragt, weshalb wir für ein Kind fünf Integrationsprojekte-Lektionen durchgeführt hätten, wo doch nur vier gesprochen worden seien.

■ Herr Marty, Sie haben vorhin die Benchmark-Kultur in der Innerschweiz Angehörigenkontakte gepflegt und es können günstige interne Leistungen bezogen werden. Man muss also bei Vergleichen jeweils genau hinschauen. Im Übrigen gibt es Diskussionen um angeblichen Luxus auch in anderen Bereichen, zum Beispiel im Bildungsbereich.

■ Aber mit der erstarkten SVP steht der Sozialbereich unter dem grössten Rechtfertigungsdruck.

Rohrer: Der politische Druck ist nachvollziehbar. Wir können nicht bei der IV jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken rückwärts machen und das Problem dann unseren Kindern



Bigla care – Einrichten mit guten Aussichten.

Eine behagliche Atmosphäre ist die Summe aus hochklassigem Design und technischen Innovationen. Bigla care – Ihr führender Lösungspartner für Pflegezimmer-Einrichtungen – bietet Ihnen beides. Unsere Produkte zeichnen sich durch beste Qualität, höchste Funktionalität, Sicherheit und Komfort aus. Kein Wunder – denn mit Wissner-Bosserhoff verfügen wir über einen europaweit führenden Hersteller. Und wenn Sie jetzt noch unseren erstklassigen Lifetime-Service hinzurechnen, geniesst auch Ihr Betrieb beste Perspektiven.



und Enkeln hinterlassen. Bei der SVP verurteile ich höchstens die Sprache: «Scheininvalide». Nochmals zum

Begriff «Laisserfaire»: Okay, er ist vielleicht nicht ganz sauber. Sagen wir es so: Jeder machte, was er für richtig hielt. Das führte zu Auswüchsen.

Marty: Aber die
Institutionen haben
doch auch ihre
eigenen Aufsichtsorgane. Ich würde
sagen, zu 95
Prozent haben die
Leute ihre Hausaufgaben gemacht.
Natürlich gab es
vereinzelte Auswüchse. Auf denen
wird nun herumgehackt.

Rohrer: Bei den Managerlöhnen redet man auch immer über Daniel Vasella. Warum soll es bei uns anders sein? Das ist einfach der Mensch, Punkt.

Marty: Mindestens den Willen zum Hinterfragen der Kosten attestiere ich der Sozialbranche bis ziemlich weit zurück. Als ich 1983 im Sonderschulheim Rodtegg nach der Uni die Berufsarbeit aufnahm, zeigte der Institutionsleiter jeweils den Besuchergruppen gleich zu Beginn auf einer Folie den Tagesansatz. Das habe ich im «Sunnebüel» übernommen. Intern führe ich zudem seit Jahren einen Vergleich mit dem Pflege-Ansatz des Luzerner Kinderspitals. Da stehen wir sehr gut da. Systematisches Controlling bedingt Modelle und Ressourcen; die hatten sowohl die Institutionen wie auch das BSV nur sehr beschränkt zur Verfügung. Aber man muss die Relationen wahren. Die Banken mit ihren riesigen Sicherheitsstäben haben

in letzter Zeit Milliarden vernichtet – neu zu einem rechten Teil gar öffentliche Gelder. Ich behaupte: Grössere

> Schindludereien bei den Behinderteninstitutionen kommen mit der NFA nicht an den Tag.

Rohrer: Nein, das glaube ich auch nicht. Aber es fehlten Steuerungsmechanismen. Sehr viele Behinderteninstitutionen sind stetig gewachsen. Doch in vielen Vorständen und Aufsichtsräten sind heute noch die sozial Tätigen wie Lehrer, Pfarrer und so weiter überver-

treten. Das hatte früher durchaus seinen Wert, und das Geld spielte noch

keine Rolle. Aber in der heutigen Zeit müssen sich auch die Aufsichtsorgane der Institutionen den Spiegel vorhalten und fragen: Fehlt uns jetzt, wo Finanzdruck herrscht, ein gewisses Knowhow?

Sie plädieren dafür, dass eine soziale Institution einen etwas weniger sozialen Vorstand hat?
Rohrer: In meiner

Institution habe ich einen sehr kritischen Vorstand, präs

schen Vorstand, präsidiert von einer Unternehmerin. Rein sozial ausgerichtete Vorstände repräsentieren die Gesellschaft zu wenig. Ich sage meinen neuen Mitarbeitenden immer: Es ist enorm wichtig, dass wir von der Gesellschaft verstanden und getragen werden. Der Bürger, der draussen vorbeiläuft, soll das Gefühl haben, im SAZ werde die Arbeit in seinem Sinn und Geist erledigt.

Marty: Wenn Gremien erst jetzt checkten, dass auch in sozialen Institutionen ökonomisches Know-how gefragt ist, würde mich das erschrecken. Ich selber bin auch noch Vizepräsident des Verwaltungsrats einer kleineren Bank. Es ist nicht so, dass wir erst mit der NFA lernen, mit dem Geld umzugehen und dass es jetzt zu grossen Kürzungen kommen kann. Ganz im Gegenteil.

■ Die Kosten werden also noch steigen? Marty: Bei uns in der Innerschweiz wird es mehr Plätze brauchen, vor allem für Menschen mit Doppeldiagnosen: Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Krankheit. Von

> daher frage ich mich schon, wie viel unternehmerischer ausgerichtete Vorstände effektiv noch zusätzlich sparen könnten.

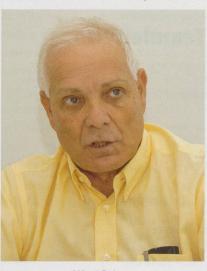
> Rohrer: Ich will es nicht in Zahlen ausdrücken. Wir sollten aber gesellschaftspolitische Überlegungen anstellen. Wollen wir wirklich möglichst viele, die nicht genau in die Norm passen, ausgliedern und in Sondereinrichtungen platzieren?

Meines Erachtens ist das nicht die Lösung. Natürlich, mein Werkstattleiter ist nicht glücklich, wenn ihm die



Peter Marty:

«In der Präambel unserer
Bundesverfassung steht,
die Stärke des Volkes messe
sich am Wohl der Schwachen.»



Alfred Rohrer: **«Die Kantone sollten Anreize schaffen, damit Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft eingegliedert werden.»**



CURAV/VA weiterbildung

Lehrgang TeamleiterIn

Weiterbildung zur TeamleiterIn in sozialen und sozialmedizinischen Institutionen. Der Lehrgang gilt als Vorbereitung zur eidg. Berufsprüfung mit eidg. Fachausweis.

Kursort Bern

Dauer: Juni 2009 - Mai 2010

• Kursorte Luzern/Olten

Dauer: September 2009 – September 2010

Kursort Zürich

Dauer: Januar 2010 - Dezember 2010

Informationsveranstaltungen

- 19. November 2008, 17.15-18.30 Uhr
- 4. Februar 2009, 17.00-18.30 Uhr

Ort: CURAVIVA Weiterbildung, Abendweg 1, Luzern

- 25. November 2008, 16.00-17.30 Uhr
- 18. Februar 2009, 16.00-17.30 Uhr

Ort: CURAVIVA Schweiz, Zieglerstrasse 53, Bern

Anmeldung erforderlich.

Bestellen Sie noch heute das Detailprogramm.

Weitere Informationen:

CURAVIVA Weiterbildung 6006 Luzern Tel. 041 419 01 92 weiterbildung@curaviva.ch www.weiterbildung.curaviva.ch

rossfeld

Stiftung Schulungs- und Wohnheime Rossfeld Bern

Die Stiftung Schulungs- und Wohnheime Rossfeld in Bern bietet körperlich behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Schulung, berufliche Ausbildung, Arbeit/Beschäftigung und ihnen angepasste Wohnmöglichkeiten an.

Als Kompetenzzentrum für körperbehinderte Menschen betreibt die Stiftung ein Schulheim, eine Kaufmännische Berufsschule, ein Wohnheim und ein Wohnhaus sowie ein Bürozentrum.

Der bisherige Direktor geht nach fast 20jähriger Tätigkeit auf Ende Juli 2009 in Pension.

Wir suchen per **1. August 2009** oder nach Vereinbarung

eine Direktorin einen Direktor

für die operative Führung und Leitung der Institution mit 240 Mitarbeitenden und 160 körperbehinderten Menschen.

Wir erwarten:

- Führungspersönlichkeit mit entsprechender Erfahrung
- hohe Sozialkompetenz, Flexibilität und sehr gute kommunikative Fähigkeiten
- eine Ausbildung im psychologischen und/oder pädagogischen Bereich
- fundierte administrative und betriebswirtschaftliche Kenntnisse
- eine abgeschlossene oder vor dem Abschluss stehende Ausbildung zur Führung einer Non-Profit-Organisation bzw. eine gleichwertige Ausbildung
- Initiative zur Erhaltung bzw. laufenden Verbesserung der Lebensqualität von behinderten Menschen

Wir bieten:

- eine interessante, selbstständige und verantwortungsvolle Führungsfunktion
- der Verantwortung entsprechende Kompetenzen und Anstellungsbedingungen im Rahmen der kantonalen Richtlinien
- ein loyales, kompetentes Kader

Für Auskünfte steht Ihnen Direktor P. Gutknecht gerne zur Verfügung. Tel. 031 300 02 02

Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis **31.10.2008** an Herrn P. Jäggi, Stiftungsratspräsident, Heggidorn 61, 3202 Frauenkappelen.

besten Arbeitskräfte abhanden kommen, weil sie allenfalls in der freien Wirtschaft tätig sein können. Im Rahmen der erwähnten Überprüfung «SAZ 2000» haben bei uns verschiedene Bewohner, die vorher rund um die Uhr betreut wurden, in freiere Alfred Rohrer trotzdem zu: Es gehört zu unseren Aufgaben, alternative Formen zu finden. Die Assistenzentschädigung ist eine gute Sache. Doch es zeigt sich ja schon, dass der kostensenkende Effekt nicht so gross sein wird wie erwartet.



Peter Marty: **«Der sozialpolitische Wille ist: ‹deckeln›. Auf der anderen Seite ist jedoch das Bedürfnis nach mehr Plätzen vorhanden.»**

Wohnformen gewechselt. Das bedeutet für sie mehr Lebensqualität und ist günstiger. Es gibt einige Institutionen, die hier noch den einen oder anderen Schritt tun könnten. Langfristig wird sich das auch kostenmässig positiv auswirken.

Marty: Sicher gibt es Institutionen, die primär ihre Grösse halten oder ausbauen wollen. Unsere hat nie dazugehört. Wachstum darf in sozialen Institutionen kein Ziel sein. Sobald wir im HPZ Sunnebüel eine Gruppe nicht mehr brauchen, schliessen wir sie. Das gibt uns Raum für noch mehr Wochenend- und Feriendienste. Gesellschaftlich ist eine Schwächung der Familie festzustellen: Viele können die Situation mit einem behinderten Kind kaum mehr tragen. Aber ich stimme

Seit Anfang Jahr sind die Kantone für Behinderteninstitutionen zuständig. Im Kanton Zürich zum Beispiel wurde die Auslastungsziffer der Heime von 80 auf 90 Prozent erhöht. Marty: Das kann eine versteckte Sparübung sein. Bei solchen Kennziffern müssen wir als Institutionsvertreter über alle Kantone hinweg genau hinschauen. Der sozialpolitische Wille ist: «deckeln». Man möchte vor allem

bei den Erwachsenen kein Wachstum mehr bei den Behinderteninstitutionen. Auf der anderen Seite ist jedoch das Bedürfnis nach mehr Plätzen vorhanden. Das wird die grösste Diskrepanz sein in den nächsten Jahren.

Rohrer: Die Erhöhung der Auslastungsziffer in Zürich widerspricht dem Grundsatz, für eine dreijährige NFA-Übergangsfrist die bisherigen Leistungen zu garantieren. Zudem ist es eine widersinnige Auflage. Sie führt unter Umständen dazu, dass ein Institutionsleiter einen Behinderten übers Wochenende nicht heimgehen lässt, weil er sonst nicht auf seine 90 Prozent Auslastung kommt.

■ Spüren Sie in Ihren Kantonen denn auch bereits den Spardruck?

Rohrer: Ich darf sagen, dass die Übergangsregelung im Kanton Bern nicht zu einer Sparübung verkommen ist. Mit einer Kann-Formulierung eingeschränkt wurde hingegen die Freiheit des Behinderten, seine Institution auch ausserkantonal zu wählen. Doch diese Wahlfreiheit war Teil der NFA-Vorlage. Einen fertigen Blödsinn finde ich die so genannte Bedarfsplanung. Man kann doch die Plätze nicht auf diese Weise limitieren. Entweder sind die Behinderten da oder sie sind nicht da. Wir müssen andere Mechanismen finden.

Marty: Die Bedarfsplanung ist auch bei uns eine heikle Sache. Sie läuft erst langsam an, doch wir sollten bereits Leute platzieren können. Es gibt auch Probleme technischer Art, in der Terminologie, in der Buchhaltung. Geregelt werden muss zudem das Transportwesen. Von einer Übergabe der IV an Kanton und Gemeinden konnte keine Rede sein. Man hat mehr oder weniger den Status quo transferiert. Bei uns finden denn auch einige Institutionen, Steuerung und Planung seien nur diffus erkennbar. Doch die NFA ist für die Kantone eine Riesenkiste, teils geht es schier Richtung Überforderung. Mein Fazit ist trotz allem: Es läuft relativ gut. Auch Qualitäts- und Controlling-Gespräche finden statt. Bei unserem Kanton ist viel guter Wille vorhanden.

Rohrer: Bei den unter Finanzdruck stehenden Kantonsverwaltungen sehe ich eine Gefahr: Es dürfte letztlich ums Geld gehen statt um Inhalte. Eigentlich müssten die Kantone vorab definieren, was sie wollen: Sollen die Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft teilhaben und einen Arbeitsplatz bekommen, der ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten entspricht – sei das in der freien Wirtschaft oder in einer Institution? Wir Institutionsleiter können sehr wohl sagen, was das kostet. Oder sollen diese Leute einfach

Die mobile Pflegedokumentation

- einfache Bedienung, pflegeorientiert, umfassend
- Pflegeplanung nach ATL, AEDL oder NANDA

- Kompetente Schulung und Betreuung aus einer Hand

Widmen Sie die eingesparte Zeit wieder der Pflege!

ClinicCoach

Tel 044 360 44 24

www.cliniccoach.ch

Büro für Unterstützte Kommunikation

Ackerstrasse 3, CH-6300 Zug T +41 41 711 55 60 info@buk.ch, www.buk.ch

Grundlagenmodule

M1 Einführung in UK

M2 Multimodale Kommunikation

M3 Individuelle Kommunikationssysteme

M7 Entwicklung von Interaktion, Kommunikation & Sprache

Unser Kursprogramm 2009 liegt für Sie bereit. Mit buk-Modulen und Vertiefungskursen sowie der Möglichkeit ein Fachhochschulzertifikat in UK zu erwerben!

Neues Kursprogramm 2009

Informieren Sie sich auf der Homepage oder lassen Sie sich das Kursprogramm zuschicken.

Aufbaumodule

M4 Von der Interaktion zur UK

M5 Interventionsplanung in UK

M6 Autismus & UK

M8 Mehrfache (Sinnes-)Beeinträchtigung & UK

M9 Körperbehinderung & UK

M10 Spät erworbene Schädigung & UK

M11 Demenz & UK

<u>Vertiefungskurse</u>

7 Kurse zu speziellen Methoden und zur Umsetzung von UK im Alltag

Zertifikatskurs UK an der FHNW Mit 4 Pflicht- & 2 Wahlpflichtmodulen aus dem buk-Programm

Wellness im Heim Wärmekabine Liege-Ecke

für Gesundheit und Wohlbefinden: Wärme - Massage - Entspannung

Die Wellness-Einrichtung ist leicht begehbar – ihre Elemente können beliebig zusammengefügt werden.

Zum ersten Mal an der IFAS vom 28. – 31. Oktober 2008 zu sehen, Halle 6, Stand 105.

J. Tobler, Sanitär-Medizintechnik, 4936 Kleindietwil Tel. +41 062 923 04 43, e-mail: info@topol.ch, www.topol.ch

Palliative Care Helpline 0844 000 800

von Fachleuten für Fachleute im Kanton Zürich



Rund um die Uhr - kostenlos

- Vermittelt sofortige Hilfestellung für Erwachsene und Kinder
- Verhindert Eskalationen in Krisensituationen





Dörflistrasse 50, 8050 Zürich, helpline@pallnetz.ch, www.pallnetz.ch

irgendwie beschäftigt werden? Dann können wir sie alle Couverts verpacken lassen. Aber dann muss die Politik dazu stehen und sagen: Mehr liegt nicht drin. Wichtig ist, dass wir Institutionen und Verbände mithelfen, im Hinblick auf die definitive NFA-Lösung intelligente Lösungen zu finden. Im Kanton Bern haben wir die Möglichkeit, unsere Anliegen einzubringen. Allerdings frage ich mich, ob die Verwaltungen in unserem politischen System reif dafür sind, den Institutionen unternehmerische Verantwortung zu übertragen. Das würde unter anderem bedeuten, dass wir Reserven bilden könnten. Und dass man nicht zu viele Kontrollmechanismen einfügt – aus lauter Angst, es könnte einmal eine Kritik in der Zeitung stehen.

■ Der Kanton Bern arbeitet doch nach den Grundsätzen des New Public Managements, mit Globalbudgets und wirkungsorientierter Verwaltungsführung.

Rohrer: Mehrheitlich alter Wein in neuen Schläuchen! Einzelne kleine positive Entwicklungen wurden realisiert. Aber nach wie vor wird zu viel reglementiert und vorgeschrieben. Eine echte Entspannung in der Regeldichte konnte ich bisher nicht feststellen. Positiv ist, dass wir im Kanton Bern manchmal angehört werden und mitgestalten können. So wird ein vom Kanton entwickeltes, 46-seitiges Papier über Pandemie nun unter Mitwirkung von Institutionen vereinfacht und auf wenige Seiten reduziert. Haben die alteingesessenen Verwaltungen in den Kantonen den Mut, den Institutionen materielle und gestaltungsmässige Autonomie zu gewähren? Erhält die Verwaltung von den Kantonspolitikern auch den Spielraum dafür? Intelligente Lösungen wären zum Beispiel Anreizsysteme. Institutionen sollten Gewinn machen und darüber verfügen können - natürlich zweckgebunden.

Marty: Die Reservenbildung ist eine wichtige Sache. Nicht nur für die Betriebsführung, sondern auch für die Investitionen. Wenn eine Institution eine grössere Anschaffung brauchte, zogen die Banken bisher dank dem IV-Beitrag rasch mit. Doch jetzt werden Mitfinanzierungs-

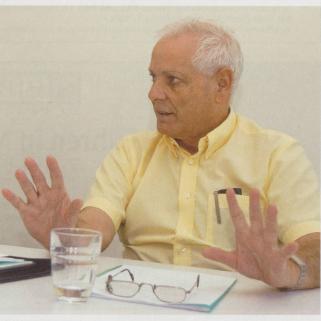
probleme auf uns zukommen.

Oft wird gesagt, dass nur innovative Institutionen mit der NFA überleben werden. Wie wollen Sie Ihre Institution im neuen Markt positionieren? Rohrer: Es kommt auf den Rahmen an, den uns der Kanton geben wird. Ganz wichtig wäre, dass wir unternehmerische Freiheit erhielten. Das bedeutet nicht, dass wir nur expandieren wollen. Unter Umständen

schliessen wir auch einmal eine Gruppe. Der Kanton sollte Anreize schaffen, damit Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft eingegliedert werden. Heute hingegen werden die Institutionen bestraft, wenn sie ein Bett oder einen Arbeitsplatz nicht besetzt haben.

Marty: Markt im Sinn von Vergleich und Benchmark ist schon recht, aber zu viel Markt und Wettbewerb darf es auch nicht geben. Sonst haben wir am Schluss tatsächlich zu viele Betreuungsplätze. Wir müssen uns nicht täglich im Markt positionieren, sondern wir haben einen gesellschaftlichen und politischen Leistungsauftrag zu erfüllen. Doch wenn wir schon von den neuen Anforderungen an soziale Institutionen reden – umge-

kehrt wäre es genau so wichtig, dass jedes Unternehmen in der Schweiz eine Sozialbilanz abliefern würde. Es verschwinden zum Beispiel laufend einfache Arbeitsplätze, die für Menschen mit Behinderung geeignet wären. Da gibt es auch für die Wirt-



Alfred Rohrer:

«Die 1960 gegründete Invalidenversicherung blieb vierzig Jahre lang in der Pionierphase stecken. Es fehlten Steuerungsmechanismen.»

> schaft eine gesellschaftliche Verantwortung. Wir von den sozialen Institutionen können nicht alles allein erledigen.

Zu den Personen

Alfred Rohrer ist Direktor des Schulungs- und Arbeitszentrums für Behinderte im bernischen Burgdorf. Das SAZ bietet Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung unter anderem 70 Plätze in der heilpädagogischen Tagesschule, 25 Plätze in der beruflichen Ausbildung, 135 geschützte Arbeitsplätze und 80 Wohnplätze.

Peter Marty ist Direktor des Heilpädagogischen Zentrums Sunnebüel im luzernischen Schüpfheim. Das HPZ bietet Schulung, Therapie, Beschäftigung, Erziehung und Betreuung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit einer geistigen und teilweise mehrfachen Behinderung. Geführt werden 7 Wohngruppen für Kinder und Jugendliche, 4 Wohngruppen für junge Erwachsene, 12 heilpädagogische Kleinklassen, ein heilpädagogischer Kindergarten und 4 Ateliergruppen. Über 100 Menschen werden im Externat, im Internat oder integrativ als Schüler von Regelklassen betreut und begleitet.